

befinden, schnell fertiggestellt werden. Die 14 Werke sollen eine Gesamtjahreskapazität von 6,4 Mio.t haben. 3 Kalksteinbrüche mit einer Gesamtjahreskapazität von 2,7 Mio.t sollen auch fertiggebaut werden.

56% der Finanzmittel für Bauzwecke des Ministeriums fließen in die Zementindustrie. Von den 14 im Bau befindlichen Zementwerken ist das größte die Jidong-Zementfabrik in der Provinz Hebei in Nordchina. Sie soll eine Jahreskapazität von 1,5 Mio.t jährlich haben. Zum Teil werden japanische Ausrüstungen verwendet. Ein anderes großes Werk ist die Huaihai-Zementfabrik in der Provinz Jiangsu mit einer Jahreskapazität von erwarteten 1 Mio.t. Für dieses Werk wurden rumänische Ausrüstungen gekauft.

China verfügt gegenwärtig über 50 große und mittelgroße sowie 3.000 kleine Zementwerke. Ihre Jahreserzeugung betrug 1980 über 80 Mio.t. Der Baumaterialien Sektor ist einer derjenigen Bereiche, die im gegenwärtigen Sanierungsprogramm der chinesischen Wirtschaft Priorität genießen. Es gibt große Engpässe sowohl im Wohnungsbaubereich als auch beim Bau von Industrieanlagen. Nach Angaben des Ministeriums geht man bei den wichtigsten Baumaterialien wie Zement, Glas und Sanitärkeramik auch für die nächsten Jahre von einem Jahreswachstum von 3-5% aus. (XNA, 25.3.1981)

-ga-

#### (51) Mechanisierung im Nordosten

In den drei nordöstlichen Provinzen Chinas, Heilongjiang, Liaoning und Jilin, werden mehr als 50% des Ackerlandes mit Traktoren gepflügt. Diese Zahl liegt höher als in den meisten anderen Gegenden Chinas. Die nordostchinesische Ebene ist die größte Ebene Chinas. Das Ackerland hier macht mehr als ein Sechstel des Gesamtackerlandes Chinas aus. Durch eine gezielte Förderung der Mechanisierung in diesen Gebieten können jetzt z.B. ein Sechstel aller Brigaden der Provinz Heilongjiang beim Pflügen, beim Ernten und bei der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mechanisierte Geräte einsetzen. (XNA, 12.3.1981)

-ga-

#### (52) Beachtliche Zuwachsraten bei Fernsehgeräte- und Radioherstellung und bei Schweinezuchtergebnissen

1980 wurden in China 26,2 Mio. Radiogeräte hergestellt (+94,5% gegenüber 1979), 2,22 Mio. Fernsehgeräte (+69,3%), 503.000 Kassettenrecorder (+226%), 845.000 Plattenspieler (+68,2%).

1980 wurden 10,6 Mio.t Schweinefleisch erzeugt - 11 kg pro Kopf der Bevölkerung. Dies ist die höchste Schweinefleisch-erzeugung in ihrer Geschichte, die die Volksrepublik vermelden kann. Insgesamt wurden 210 Mio. Schweine im vergangenen Jahr geschlachtet. Jedes brachte im Schnitt 89 kg Lebendgewicht auf die Waage, 5 kg mehr als 1979. (XNA, 5.3. und 27.3.1981)

-ga-

### TAIWAN

#### (53) Neuer Vertreter in Washington

Zum neuen Leiter der inoffiziellen Vertretung Taiwans in Washington wurde Cai Weiping (70) ernannt. Cai, der aus Nan-

king stammt, war Berufsdiplomat. 1968-1975 hat er das Amt des Staatssekretärs im Außenhandelsministerium in Taipei bekleidet. Seit der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit den USA leitete er den Koordinationsrat für nord-amerikanische Angelegenheiten in Taipei. Zu seinem Nachfolger wurde Hu Shixun (67) aus der Provinz Zhejiang ernannt. Dieser war zuletzt Leiter der Abteilung für Europa im Außenministerium (ZYRB, 21.3.81). Mit Cai als neuem Vertreter in Washington, der nicht nur eine hohe diplomatische Stellung, sondern auch gute Erfahrungen in den USA hat, will Taiwan offenbar den Wunsch artikulieren, seine Beziehungen zu Washington unter der Regierung Reagan zu verbessern. Es gibt allerdings in Taiwan auch Gerüchte, daß Xia Gongquan, Cais Vorgänger in Washington, deshalb abgelöst wurde, weil er sich über Frau Chennaults Reise nach Beijing im Januar nicht vorher informiert hätte (Meilidao, Los Angeles, 28.3.81; zu Frau Chennaults Chinareise siehe C.a., Februar 1981, S.109 f., 0 68).

-ni-

#### (54) Keine "Hallsteindoktrin" mehr im Fremdenverkehr

Laut einer Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Taiwans, "Central News Agency", vom 27.März hat der Direktor der Ein- und Ausreisesektion im Innenministerium in Taipei neulich erklärt, daß Auslandschinesen, die sich nur zu Verwandtenbesuchen oder zum Urlaub auf dem chinesischen Festland aufgehalten haben, in Taiwan ebenfalls willkommen seien. Diejenigen, die für Beijing propagandistisch gearbeitet hätten, würden allerdings keine Einreisegenehmigung von der Insel erhalten. Chinesen vom chinesischen Festland dürfen erst nach Taiwan einreisen, nachdem sie fünf Jahre lang in einem Drittland gewohnt haben. Gegenüber Ausländern hat Taiwan bereits seit Jahren die "Hallsteindoktrin" aufgegeben.

Taiwans eigenen Bürgern ist es aber nach wie vor streng verboten, nach dem chinesischen Festland zu reisen. Noch am 8.Mai des vorigen Jahres wurde ein parteiloser Oppositioneller, Hong Zhiliang, wegen einer heimlichen Chinareise über Japan vom Militärgericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl er sich nach seiner Reise bei den Sicherheitsbehörden gestellt hatte.

-ni-

#### (55) Gelddiplomatie gegenüber den Niederlanden

Eine Sonderkaufmission aus Taiwan unter der Leitung des Direktors des Staatsaußenhandelsamtes, Shao Xuekun, hat am 27.März Aufträge in einem Gesamtwert von 90 Mio.US\$ an niederländische Firmen vergeben. Die fünftägige Reise der Delegation aus Taiwan folgte unmittelbar nach der endgültigen Zustimmung des niederländischen Parlaments zur Lieferung von zwei U-Booten an Taiwan durch die Werftfirma Rijn-Schelde-Verolme (RSV). Die Genehmigung der niederländischen Regierung über die Lieferung von zwei U-Booten, Kernkraft- und Flüssiggasanlagen in einem Gesamtwert von über 500 Mio.US\$ an Taiwan durch RSV hat in letzter Zeit eine Krise in den diplomatischen Beziehungen zwischen den Haag und Beijing sowie eine große Spannung im niederländischen Parlament hervorgerufen. Am 18.Dezember 1980 stimmte das Unterhaus mit einem Abstimmungsergebnis von 76:74 der Entscheidung der Regierung über das U-Boot-Geschäft zu. Nach massiven Protesten und Drohungen aus Beijing lehnte das Parlament am 3.Februar dieses Jahres in einem neuen Beschluß mit 77 Nein- und 70 Ja-Stimmen das Geschäft ab.

Da die Regierung wegen der Sicherung der Arbeitsplätze bei

RSV auf ihrer Entscheidung beharrte, hieß das Unterhaus am 5. März wieder mit einer Mehrheit das Geschäft gut. Noch am selben Tag wurde der niederländische Botschafter aus Beijing zurückgerufen. Der Posten des chinesischen Botschafters in den Niederlanden ist bereits seit fünf Monaten nicht besetzt (LHB, 22. und 28.3.1981; ZYRB, 1. und 6.3.1981; vgl. C.a., November 1980, S.954 f., U 73, Dezember 1980, S.1054, U 69, Januar 1981, S.5, U 2, und S.31, U 82, Februar 1981, S.89f, U 2).

-ni-

### (56) Schwarzhandel mit Chinafestland legal

In einem Urteil vom 4. März hat das Amtsgericht Taipei 27 Fischer freigesprochen, die wegen des Schwarzhandels mit den Fischern vom chinesischen Festland vom Staatsanwalt im letzten Jahr angeklagt worden waren. Seit zwei Jahren hat Beijing Taiwan ständig aufgefordert, Handelsbeziehungen aufzunehmen. Während die Regierung in Taipei dies strikt ablehnte, machten die Fischer beider Seiten große Schmuggelgeschäfte auf dem Meer. Uhren, Kassettenrecorder und Taschencomputer aus Taiwan wurden gegen Gold, Silbertaler, traditionelle chinesische Medikamente und Genußmittel vom chinesischen Festland ausgetauscht. Den genannten 27 Fischern von drei Kuttern wurde vom Staatsanwalt in der Klageschrift vorgeworfen, daß sie im November 1979 mit 6000 in Taiwan nachgemachten Uhren weltbekannter Fabrikate von Penghu (Pescadores) aus bis vor die Küste von Shantou der Provinz Guangdong gefahren seien und die Waren gegen Gold und Silber an die Fischer vom chinesischen Festland verkauft hätten. Bei der Rückkehr wurden sie von der taiwanesischen Polizei festgenommen. In dem Urteil wurde der Freispruch damit begründet, daß sowohl Taiwan als auch das chinesische Festland Territorien der "Republik China" seien und Warenaustausch innerhalb der Grenzen des eigenen Staates keinen Schmuggel darstelle. Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Anfang des vorigen Jahres hat die Sicherheitsbehörde des Kreises Chaoyang der Provinz Guangdong ihrerseits auch 12 taiwanesischen Fischkutter mit großen Mengen von Uhren, Kassettenrecordern, Gold-, Silber- und Jadewaren ertappt. Die Waren wurden beschlagnahmt und das Besatzungspersonal nach dem Verhör wieder nach Taiwan zurückgeschickt (DGB, 15.3.81; Meilidao, Los Angeles, 14.3.81; vgl. C.a., Januar 1980, S.36, U 61). Nach einer Meldung des CSM vom 27. Februar (zitiert nach Meilidao, Los Angeles, 21.3.81) wurden Kunststoffe aus Taiwan auf japanischen Schiffen direkt nach Shanghai geliefert. Die Preise für Kunststoffe aus Taiwan sind niedriger als gleichartige Waren aus Japan. Dazu legt China keinen Zoll auf Waren aus Taiwan, die direkt nach China befördert werden.

-ni-

### (57) Endgültige Lösung der Taiwanfrage im IOC

Nach einem Tauziehen von fast dreißig Jahren scheint die Taiwan- oder Chinafrage endgültig gelöst zu sein. Am 23. März wurde zwischen dem IOC und der olympischen Organisation in Taiwan eine Übereinkunft getroffen, in der diese statt der Bezeichnung "Republic of China Olympic Committee" den neuen Namen "Chinese Taipei Olympic Committee" akzeptierte. Außerdem verzichtete sie darauf, die nationale Flagge bei der Beteiligung an Olympiaden zu verwenden, und eine von Taiwan entworfene neue Flagge wurde vom IOC bereits genehmigt. Sie zeigt eine Winterkirschblüte und eine weiße Sonne sowie das Emblem des IOC von fünf verbundenen Ringen innerhalb der Blüte (ZYRB und LHB, 24.3.81).

Das Dilemma der Taiwanfrage entstand aus einer Situation des festgefahrenen Bürgerkrieges in China. Als die chinesischen

Kommunisten 1949 das chinesische Festland unter ihre Kontrolle brachten, flüchtete das ursprüngliche "Chinese National Olympic Committee" mit der Regierung Guomindang (Kuomintang) unter Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) von Nanjing nach Taiwan und meldete beim IOC-Büro in Lausanne den Umzug. Andererseits beanspruchte der unter dem kommunistischen Regime neu gegründete Allchinesische Athletikverband (ACAF) die Legitimität des NOK Chinas. 1952 lud das IOC nach einem Abstimmungsergebnis von 33:22 auf der 47. Plenarsitzung beide chinesischen Sportorganisationen zur Teilnahme an der 15. Olympiade in Helsinki ein. Während die Spieler aus Beijing kamen, blieb Taiwan fern. Auf der 49. Plenarsitzung 1954 in Athen bestätigte das IOC gegen den Willen seines Präsidenten, Avery Brundage, den ACAF als NOK Chinas. Doch wurde Taiwan 1956 vom IOC immer noch zur Teilnahme an der 16. Olympiade in Melbourne eingeladen. Diesmal boykottierte Beijing die Spiele, nachdem Taiwans Delegation als erste ihre nationale Flagge vor dem Stadion hißte. Am 20. August 1958 trat das chinesische NOK (ACAF) aus Protest gegen die "Zwei-China"-Theorie von Brundage aus dem IOC aus. Auf der 55. Plenarsitzung des IOC Ende Mai 1959 in München wurde das NOK in Taiwan aufgefordert, seinen Namen "Chinese National Olympic Committee" zu ändern und eine neue Aufnahme ins IOC zu beantragen. Darauf beschloß Taiwan, den Namen "Republic of China Olympic Committee" anzunehmen. Diesen Namen lehnte das IOC zunächst ab und machte am 22. August 1960 auf der 57. Plenarsitzung die Auflage, daß die taiwanesischen Sportler nur unter dem Namen "Taiwan" an den Weltspielen teilnehmen dürften. So marschierte die Delegation 1960 ins olympische Stadion in Rom mit einem Schild, auf dem außer dem Namen Taiwan noch ein Protest gedruckt war. Auf der 60. Plenarsitzung im Oktober 1963 in Baden-Baden beschloß das IOC mit einem Abstimmungsergebnis von 34:15, die Bezeichnung "R.O.C." ("Republic of China") für die Uniformen und Sportkleidung der taiwanesischen Delegation bei der Olympiade zu akzeptieren. Im Oktober 1968 wurde auf der 67. Plenarsitzung mit einem Abstimmungsergebnis von 32:10 beschlossen, daß das NOK von Taiwan künftig den Namen "China R.O.C." tragen solle. Bei den Weltspielen 1976 in Montreal tauchte das Problem von Taiwan wieder auf. Auf der 78. Plenarsitzung kam es zu dem Kompromiß, daß die Delegation aus Taiwan unter dem Namen "Taiwan" an den Spielen teilnehmen sollte. Bei der Eröffnung sollte die Mannschaft ohne Schild oder mit einem olympischen Schild in das Stadion einmarschieren. Darauf zog Taiwan seine Delegation zurück. Am 7. April 1979 erkannte das IOC auf der 81. Plenarsitzung in Montevideo durch einen Beschluß mit 36 Ja- und 28 Nein-Stimmen wieder beide chinesischen olympischen Organisationen an, d.h. eine in Beijing und eine in Taipei, ohne jedoch eine Klärung zu den einzelnen Problemen im Zusammenhang mit den offiziellen Namen, Flaggen und Hymnen beider Organisationen herbeizuführen. Am 23. Oktober des gleichen Jahres faßte der Exekutivausschuß des IOC den Beschluß von Nagoya, in dem die olympische Organisation in Taiwan aufgefordert wurde, den neuen Namen "Chinese Taipei Olympic Committee" zu tragen sowie auf die Verwendung einer Nationalflagge und -hymne zu verzichten. Durch Briefwahl bestätigte das IOC am 26. Nov. diesen Beschluß mit einem Stimmenverhältnis von 62:17. Gegen diesen Beschluß erhoben sowohl die olympische Organisation von Taiwan als auch das nationalchinesische Mitglied des IOC, Xu Heng (Henry Hsu), Klage beim Amtsgericht Lausanne, dem Sitz des IOC. Der Antrag auf eine einstweilige Verfügung zur Ermöglichung der Teilnahme Taiwans an den Olympischen Winterspielen 1980 in Lake Placid (USA) wurde von dem Amtsgericht zurückgewiesen. In einer anderen Klage eines Sportlers aus Taiwan namens Liang gegen das Organisationskomitee der Winterspiele wegen Diskriminierung ordnete das Gericht der ersten Instanz in New York an, daß die Sportler aus Taiwan hinter ihrer nationalen Fahne und unter dem ursprünglichen Namen "Republic of China Olympic Committee" an den Spielen teilnehmen dürften.

Das Berufungsgericht gab aber schließlich dem IOC recht. Noch während der Winterspiele in Lake Placid änderte das IOC im Hinblick auf die Boykottwelle zahlreicher westlicher Staaten gegen die Olympischen Sommerspiele in Moskau wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan auf der 82. Plenarsitzung seine Satzung dahingehend ab, daß die Sportdelegationen bei den Olympiaden generell nicht unbedingt ihre Nationalflaggen und -hymnen zu verwenden brauchten. Aus dieser Änderung hat vor allem Taiwan Nutzen gezogen, um das Gesicht zu wahren. Nach der neuen Vereinbarung mit dem IOC bekräftigte das "Chinese Taipei Olympic Committee" gegenüber der Presse, daß sich der Kompromiß nicht auf den Beschluß des Exekutivausschusses des IOC in Nagoya, sondern auf die Satzungsveränderung des IOC in Lake Placid stütze. Darüber hinaus will man in Taiwan noch den Eindruck vermitteln, daß das IOC unter dem Druck Taiwans die Satzung verändert habe. Die Klage gegen das IOC in Lausanne wurde daher zurückgezogen (ZYRB und LHB, 24.3.81; vgl. C.a., November 1974, S.696 ff., Oktober 1979, S.1120, 0 63). Aber in der Vereinbarung ist nur die Frage des Namens und der Flagge der olympischen Organisation Taiwans geregelt; die Lösung der Frage der Hymne ist ausgeblieben. Weil die Hymne nur bei der Abgabe von Goldmedaillen gespielt wird, ist dieses Problem allerdings im Fall von Taiwan nicht so aktuell. In der Vergangenheit haben die Sportler von Taiwan nur einmal Silber (1960 für Yang Chuanguang im Zehnkampf) und einmal Bronze (1968 für Frau Ji Zheng im 80-m-Hürdenlauf) gewonnen.

-ni-

#### **(58) Sonderausschuß zur Überwachung von Warennachahmungen**

Zum Kampf gegen Fälschungen und Nachahmungen von Handelswaren wurde am 12. März ein Ausschuß am Wirtschaftsministerium in Taipei gegründet. Der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Wang Yiding (Y.T. Wong), wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt. Beteiligt an diesem Ausschuß sind Vertreter des BOFT (Board of Foreign Trade), des IDB (Industrial Development Bureau), BCIQ (Bureau of Commodity Inspection & Quarantine), NBS (National Bureau of Standards) sowie der höchsten Stellen der Behörde von Polizei- und Zollverwaltung (CP, 14.3.81).

In der letzten Zeit häuften sich die Beschwerden aus der Bundesrepublik, Belgien, Großbritannien, Frankreich sowie den USA über Warenfälschungen mit dem vermuteten Ursprungsland Taiwan. Besonders in südostasiatischen Ländern wurden verfälschte Ersatzteile von Kraftfahrzeugen, Textilien und Haushaltgeräte mit europäischen Fabrikmarken aus Taiwan festgestellt. Noch Anfang März haben die philippinischen Behörden in Manila gefälschte Kupplungsscheiben und Kreuzgelecke mit britischem Firmenkennzeichen entdeckt, die aus Taiwan stammen sollen. Am 12. März wurde in Singapur ein taiwanesischer Kaufmann wegen des Verkaufs von gefälschten deutschen Haartrocknern zu einer Geldstrafe von 950 US\$ verurteilt. Einige französische Hersteller von gußeisernen Haushaltwaren - Le Creuset, Fonderies Franco-Belges und Générale de Fonderie (Chappee) - haben sich entschlossen, verschiedene taiwanesishe Firmen, darunter eine bereits festgestellte Firma namens "Oriental Kings World Industrial Co., Ltd", wegen betrügerischer Nachahmung zu belangen. Die geschädigten Betriebe haben rechtliche Schritte eingeleitet und den Gerichtsvollzieher beauftragt, die bei Eröffnung einer Haushaltgeräteausstellung in Paris entdeckten Fälschungen - es handelt sich um Kasserollen und Öfen für Festbrennstoffe "Made in Taiwan" - zu beschlagnahmen. Nach Angaben der französischen Originalhersteller beruhen die Kopien auf Formen, die anhand von Exportlieferungen nach den USA angefertigt worden waren. Deutsche und englische Unternehmen

von Kraftfahrzeugteilen wollen Delegationen nach Taiwan senden, um mit den zuständigen Behörden dort über die Probleme ernst zu verhandeln. Englische Firmen drohten mit einem Antrag bei ihrer Regierung, die Einfuhr von bestimmten Waren aus Taiwan zu stoppen, falls Taiwan weiterhin keine Maßnahmen gegen Warenfälschungen ergreift (CP, 13.3.81, LHB, 13.3.81 und NfA, 20.3.81). Auch der Inlandsmarkt Taiwans ist mit gefälschten ausländischen Waren überfüllt. Auf seiner ersten Sitzung hat der neue Ausschuß den Beschluß gefaßt, die Kontrollen von Waren auf dem inländischen Markt auf verschiedenen Wegen zu verstärken, wie z.B. durch Intensivierung von Warentests und politischer Überwachung sowie Förderung von Anzeigen aus der Bevölkerung gegen Warenfälschungen. Über Maßnahmen gegen die Ausfuhr von gefälschten Waren wurde noch diskutiert. Denn es gibt dafür noch einige Schwierigkeiten. So wird z.B. in Taiwan behauptet, daß die Verantwortung für illegale Nachahmungen und Warenzeichenverletzungen zumindest teilweise bei den ausländischen Partnern liege, da diese vielfach ihre Erzeugnisse nach Mustervorlagen und mit Original-Warenzeichen in Taiwan herstellen ließen, ohne sich bei den meist mit internationalen Usancen, Gebrauchsmusterschutz und Warenzeichenrecht wenig vertrauten taiwanesischen Produzenten entsprechend gegen Mißbrauch abzusichern. In manchen Fällen hätten taiwanesishe Firmen im Auftrag ausländischer Kunden Waren hergestellt, ohne wissen zu können, daß es sich dabei um Warenfälschungen handelte.

Nach taiwanesischem Recht sind nur die in Taiwan eingetragenen Warenzeichen geschützt. Das Wirtschaftsministerium hat Mitte März jedoch beschlossen, Warenfälschung als Wirtschaftskriminalität zu behandeln. Dem Vernehmen nach wurde auf der ersten Sitzung des neuen Ausschusses der Vorschlag einer Revision von einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches diskutiert, um einer schärferen Bestrafung von Produktfälschungen und Nachahmungen den Weg zu ebnen. In der Vergangenheit hat ein taiwanesischer Unternehmer, der Füller mit einer bekannten US-Firmenmarke illegal nachgeahmt hatte, vom Gericht eine Zuchthausstrafe von fünf Monaten mit Bewährung durch Geldbuße bekommen. Die US-Firma, deren Fabrikmarke in Taiwan eingetragen war, hat dem Wirtschaftsministerium gegenüber ihren Unwillen über das milde Urteil geäußert und wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Warenfälschungen gefordert (LHB, 13. und 16.3.81, NfA, 20.3.81, CP, 14.3.81).

-ni-

#### **(59) Wechselbad für die Opposition**

Nach einer langen Periode politischen Frostwetters kommt jetzt wieder Tauwetter in Taiwan. Seit Februar erscheint die von dem bekannten Oppositionellen Kang Ningxiang herausgegebene Zeitschrift "Bashi Niandai" (Die Achtziger Jahre) nach einer einjährigen Sperrung wieder. Eine ebenfalls neu erschienene Zeitschrift namens "Zhengzhijia" (Die Politiker) gilt als Nachfolgerin des liberalkritischen Blattes "Changqiao Zhazhi" (Zeitschrift der Langen Brücke), das wie "Yazhouren" (Asiaten), "Nuanliu" (Warme Strömung), "Zhonggulou" (Glockenturm) und "Dashidai" (Große Epoche) im letzten Jahr von der Behörde für ein Jahr gesperrt worden war. Andererseits wurde eine andere neue Zeitschrift, "Zhongheng Yuekan", (Kreuz und quer) nur wenige Tage nach dem ersten Erscheinen verboten. Der Herausgeber ist zwar Mitglied der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang), aber der Chefredakteur ist einer der Autoren des kritischen Buches "Ausruf der neuen Generation". In der ersten Ausgabe steht in der Zeitschrift ein Artikel unter dem Titel "Revidierte Leitlinie der neuen Generation außerhalb der Partei?", der, so vermutete man, die Regierung zu den scharfen Maßnahmen gereizt habe. Der Antrag des Autors eines anderen kritischen